

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Errichtung einer Vereinigung der bayerischen Pflege

Berlin, 29.08.2016. Der Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU) spricht sich klar gegen das Vorhaben des bayerischen Gesetzentwurfs zur Errichtung einer *Vereinigung der bayerischen Pflege* aus.

Der vorgelegte Gesetzentwurf zeigt eindeutig, dass die Selbstverantwortung und Autonomie der Berufsgruppe der professionell Pflegenden durch die vorgesehene Fach- und Rechtsaufsicht durch das bayerische Staatsministerium in Gänze beeinträchtigt wird. Weder die Pflegekammer in Rheinland-Pfalz noch die sich in Gründung befindenden Pflegekammern in Niedersachsen und Schleswig-Holstein wählten solch eine Vorgehensweise.

Der Inhalt des Entwurfs widerspricht dem eigentlich Sinn einer professionellen Interessenvertretung einer der größten Berufsgruppe im deutschen Gesundheitswesen auf politischer Ebene, denn das Mitsprache- und vor allem Mitwirkungsrecht der Pflegeberufe wird durch die getroffene Aufsichtsregelung in erheblichen Maße untergraben bzw. komplett ausgehebelt.

Auch hinsichtlich der Außenwirkung der geplanten Vereinigung besteht ein hohes Konfliktpotenzial. Die Finanzierung und ein gleichzeitig unbegrenztes Mitspracherecht anderer Personen bzw. Organisationen ist gänzlich wider dem Sinn einer Pflegekammer und darf so nicht akzeptiert und hingenommen werden.

Aus der Sicht des VPU kann durch eine freiwillige Mitgliedschaft der geplanten Vereinigung nicht dieselbe politische Entscheidungskraft wie durch eine Pflegekammer entwickelt werden, denn bei mangelnder Registrierung aller professionell Pflegenden schwindet die demokratische Anerkennung bzw. Authentizität eben jener Berufsgruppe.

Zudem sind die Planungen in Bayern hinsichtlich der „Vereinigung der bayerischen Pflege“ in Deutschland einmalig und dürfen aus VPU Sicht so nicht umgesetzt werden. Eine Umsetzung würde dazu führen, dass die in Bayern tätigen Pflegenden isoliert vom Rest Deutschlands sind, denn in die Zukunft gerichtet dürfte die Vereinigung nicht nur den Anforderungen der bereits bestehenden bzw. in Gründung stehenden Landespflegekammern, sondern auch einer potenziellen Bundespflegekammer widersprechen.

Der VPU kann die derzeitige politische Strategie nicht nachvollziehen und lehnt daher die geplante Vorgehensweise komplett ab.



Torsten Rantzsch
Vorstandsvorsitzender VPU e.V.